

Gedenkveranstaltung zum 80. Jahrestag des Preußischen Ermächtigungsgesetzes vom 18. Mai 1933 (28. Mai 2013)

Begrüßung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Raed Saleh

- es gilt das gesprochene Wort -

Anrede,

am 24. März 1933 wurde im Reichstag das Ermächtigungsgesetz beschlossen. Zum 150-jährigen Jubiläum der SPD wurde oft von der mutigen Rolle der SPD-Fraktion im Reichstag in diesen letzten Tagen der ersten deutschen Demokratie gesprochen. Wir alle erinnern uns an die mutigen Worte von Otto Wels, gesprochen im Reichstag.

Heute wollen wir an ein anderes Ermächtigungsgesetz erinnern. Es wurde hier in unserem Plenarsaal durchgesetzt. Am 18. Mai vor 80 Jahren wurde im Preußischen Landtag das Preußische Ermächtigungsgesetz beschlossen. Es markiert zusammen mit dem Preußenschlag vom Juni 1932 das faktische Ende Preußens als eigenständige politische Einheit.

Preußens Geschichte ist von Licht und manchen Schatten geprägt – aber sie ist untrennbar immer auch deutsche Geschichte. Preußens Demokratie verbindet sich eng mit dem Namen des Sozialdemokraten Otto Braun, der von 1921 bis 1932 Ministerpräsident war. Seine Weimarer Koalition aus SPD, Liberalen und Christlich-Konservativen hielt viel länger als die Weimarer Koalitionen im Reichstag. Sie war stabiler. Seine Politik reformierte und demokratisierte Staat und Gesellschaft so gut es ging.

Das faktische Ende Preußens ist eine bittersten Stunden unserer Geschichte. Denn dieses Land war in der Weimarer Republik ein Anker der Stabilität. Am Ende seiner langen Geschichte war Preußen bis 1932 ein Bollwerk der Demokratie. Deshalb war das Ende der preußischen Demokratie nicht etwa beiläufig auf dem Weg in den Nationalsozialismus. Sie war notwendiger Teil von Hitlers Machtergreifung.

Nun versetzen wir uns in die SPD-Fraktion in diesem Haus am 18. Mai 1933.

Über ein Jahr nach dem Preußenschlag.

Die Erfahrung der Reichstags- und Landtagswahl von 1933, mit all der Gewalt und Einschüchterung, im Nacken.

Drei Monate nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler.

Zwei Monate nach dem Beschluss des Ermächtigungsgesetzes im Reichstag.

In dieser Situation nehmen die Abgeordneten ihre Plätze ein. Die zweite und dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes stehen an. Landtagspräsident Kerrl begrüßt den neu ernannten Ministerpräsidenten Hermann Göring. Danach hält dieser seine Regierungserklärung.

Er trägt ein Programm der NS-Gleichschaltung für alle Politikbereiche vor. Göring sagt auch:

„Die Übernahme der Macht durch die nationale Regierung konnte nicht vor sich gehen, ohne dass hier und dort scharf zugegriffen wurde. Auch heute muss in einzelnen Fällen kräftig durchgegriffen werden.“

Die Sozialdemokraten im Saal wissen, dass damit auch sie selbst gemeint sind. Ein Antrag auf Haft-Entlassung von „sozialdemokratischen Funktionären und Abgeordneten“ hatte keine Chance im Parlament.

Nach langem Applaus von den Nazis für Göring tritt der SPD-Fraktionsvorsitzende Paul Szillat ans Pult. Seine Rede werden wir noch hören und wir werden seine Biographie noch vorstellen.

Ich glaube, das Gedenken an diesen Tag ist für uns alle wichtig. Denn die viele von uns sind in die Demokratie hineingeboren oder wie ich mit ihr groß geworden. Wer 1990 geboren ist, egal in Ost oder West, hat keine Diktatur mehr auf deutschem Boden erlebt. Er oder sie hat vielleicht schon ein Studium oder eine Ausbildung abgeschlossen. Demokratie ist für diese Generation so selbstverständlich wie warmes Wasser aus dem Hahn oder Strom aus der Steckdose. Man spürt erst den Wert, wenn das Wasser nicht

aus dem Hahn kommt und der Strom nicht aus der Steckdose. Aber die Demokratie darf nie abgeschaltet werden.

Wir dürfen und werden nicht vergessen, dass diese Demokratie nicht selbstverständlich ist. Dass es Opfer gegeben hat. Dass Menschen in unserem Land für die Demokratie gelitten und ihr Leben gegeben haben.

Deshalb ist mir das Erinnern und das Gedenken auch persönlich ein Anliegen. Es war beeindruckend, mit jungen Leuten nach Auschwitz zu reisen und zu sehen, wie die Reise sie verändert hat. Sie haben verstanden, dass es auch in unserer Zeit notwendig ist, weiter für die Demokratie und Toleranz zu arbeiten.

Darum geht es uns heute als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.